

Neue deutsche Energiewende

Ein Positionspapier

Von Wolfgang Kubicki, Bundesvorsitzender der FDP und
Dr. Lydia Hüskens, Landesvorsitzende der FDP in Sachsen-Anhalt

Wir stehen an einem historischen Wendepunkt. Der Wirtschaftsstandort Deutschland ist in seiner Existenz bedroht. Tägliche Hiobsbotschaften wie der Abbau von 8.000 Stellen bei BMW oder 5.000 Stellen bei Porsche machen die Runde. Monatlich gehen 15.000 Industriearbeitsplätze verloren. Vor allem die Chemieindustrie verliert aufgrund der hohen Energiepreise an Wettbewerbsfähigkeit. Unsere bestehende Industrie benötigt wettbewerbsfähige Bedingungen. Andernfalls wird sich das leise Sterben des Industrie- und Wirtschaftsstandortes Deutschland ungebremst fortsetzen.

Deutschland verliert wegen der hohen Energiepreise auch den Anschluss an die maßgeblichen Zukunftsbranchen. Die KI-Infrastruktur, insbesondere Daten- und Rechenzentren, benötigt extrem viel Energie. Wenn OpenAI aufgrund der deutschen Energiepolitik ein geplantes Milliardenprojekt auf Eis legt, ist das eine exemplarische Niederlage für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes.

Die Erzählung, unsere Volkswirtschaft könne in naher Zukunft insgesamt Energie einsparen und gleichzeitig überleben, ist eine gefährliche Lebenslüge. **Deutschland braucht Energie.**

Damit die Energie genutzt werden kann, muss sie dort produziert werden, wo sie tatsächlich gebraucht wird. Eine Windkraftanlage ohne Stromabnehmer hilft nicht, ebenso wie Solaranlagen im Nirgendwo. Der Zubau von Energieerzeugungskapazitäten entgegen dem tatsächlichen Bedarf gefährdet die Netzstabilität. In keinem europäischen Land wird mehr Strom abgeregelt als in Deutschland, weil er buchstäblich am falschen Ort produziert wird. Das Energiesystem in Deutschland ist in den vergangenen Jahren zudem komplexer, kleinteiliger und kostenintensiver geworden. Allein bei den Stromnetzbetreibern hat sich die Mitarbeiterzahl in den vergangenen zehn Jahren etwa verdreifacht. Bei den Energieversorgern stieg die Mitarbeiterzahl um etwa 30 Prozent, obwohl es insgesamt keinen vergleichbaren Zuwachs beim Stromverbrauch gab. Deutschlands Energiepolitik ist auf Ineffizienz getrimmt.

Die Lage ist so ernst wie nie in der Geschichte der Bundesrepublik. Gleichwohl sind wir davon überzeugt, dass mit einem entschlossenen Vorgehen das Ruder herumgerissen werden kann. **Deutschland hat Energie.**

Dafür bedarf es jedoch einer neuen Energiepolitik in Deutschland und nicht bloß eines Aus- und Nachbesserns eines gescheiterten und von Anfang an ideologisch getriebenen Ansatzes.

Es geht nicht um die „nächste Stufe“ der alten Energiewende, wie die Bundeswirtschaftsministerin meint. Es geht um eine neue deutsche Energiewende.

Hierfür halten wir folgende Schritte für unverzichtbar:

- 1. Ende des EEG:** Wind- und Solarenergie werden ein wichtiger Bestandteil der deutschen Energieversorgung sein. Die erneuerbaren Energien wurden in den 25 Jahren der alten Energiewende mit über 300 Milliarden Euro staatlich subventioniert. Gleichzeitig besteht weiterhin eine Abhängigkeit von rund 20 Milliarden Euro staatlicher Beihilfen pro Jahr. Das wollen wir beenden. Wo der Ausbau erneuerbarer Energien wirtschaftlich sinnvoll ist, wird er ohne Subventionen funktionieren. Wo er wirtschaftlich keinen Sinn ergibt, sollte er auch nicht zulasten von Steuerzahlern und Stromkunden vorangetrieben werden. Staatliche Preisgarantien – insbesondere auch vertraglich durch sogenannte Contracts of Difference, wie von Wind-Verbänden gefordert, lehnen wir ab.
- 2. Kein Zubau am Netz vorbei:** Der Ausbau erneuerbarer Energien entgegen dem tatsächlichen Bedarf kommt teuer zu stehen. Es darf kein weiterer Zubau erfolgen, wenn der dauerhafte

Abtransport des erzeugten Stroms nicht gewährleistet werden kann. Wenn Wind- und Solarstrom nicht geliefert werden können, weil Parks abgeregelt werden müssen, darf es dafür keine Entschädigung mehr geben. Der von der Bundesregierung geplante Redispatch-Vorbehalt darf nicht nur regional begrenzt sein und wird seine Wirkung verfehlen, wenn er nicht frühzeitig greift.

3. **Strompreiszonen einführen:** Deutschlands Einheitspreis für Strom verschleiert die Realität: Im Norden und Osten wird Strom abgeregelt, während er im Süden knapp und teuer ist. Bezahlt wird diese Verzerrung über Netzentgelte und Redispatch. Wir wollen regionale Preissignale, die zeigen, wo Energie tatsächlich verfügbar ist. So entstehen Industrie, Speicher und Rechenzentren dort, wo Strom vorhanden ist – ohne neue Verbote und Subventionen. Wer Preise politisch eibebnet, zahlt den Ausgleich am Ende mit Milliarden.
4. **Kernkraft nutzen:** Weltweit wurde erkannt, dass mit Kernkraft klimafreundlich Energie erzeugt werden kann. Viele Unternehmen, gerade aus den Zukunftsbranchen wie der KI-Industrie, setzen darauf. Wenn eine Reaktivierung der stillgelegten Kernkraftwerke möglich und wirtschaftlich sinnvoll ist, muss dies geschehen. Wir wollen, dass der Staat aufhört, private Investitionen zu verbieten. Wer auf eigenes Risiko Strom erzeugen will, braucht dafür keine Erlaubnis der Politik, sondern nur den Nachweis, dass er es sicher tut. Genau diesen Nachweis lässt das Atomgesetz gar nicht erst zu. Es verbietet nicht das unsichere Kraftwerk, es verbietet die Technologie. Das ist keine Sicherheitspolitik, das ist Gesinnung im Gesetzblatt. Und während wir darüber diskutieren, schneiden Bagger die Rohrleitungen durch, die man später nicht wieder zusammenschweißen kann. Deshalb gehört das Atomgesetz jetzt auf den Prüfstand, nicht dann, wenn der Rückbau die Entscheidung längst für uns getroffen hat.
5. **Heimisches Schiefergas fördern:** Der Import von LNG-Gas über die Weltmeere ist ökonomischer und ökologischer Wahnsinn, solange heimische Ressourcen ungenutzt bleiben. Würde heimisches Schiefergas gefördert, könnte Deutschland 15 Prozent seines Gasverbrauchs decken.
6. **Heimisches Öl fördern:** Deutschland verfügt nicht nur über Gas, sondern auch über Ölvorkommen. Eine ideologisch getriebene Verhinderung der Ausbeutung dieser Ressourcen ist unverantwortlich und muss beendet werden.
7. **Vorfahrt für Förderung:** Die Förderung heimischer Rohstoffe wird – auch bei ihrem Ausbau – nur einen minimalen Anteil der Landesfläche in Anspruch nehmen. Die Standorte sind durch die geologischen Gegebenheiten genau umgrenzt. Auf diesen wenigen Flächen ist dem Abbau Vorrang einzuräumen. Pauschale Blockaden dieser Flächen, wie durch das geplante Natur-Infrastrukturgesetz der Bundesregierung zu befürchten, darf es nicht geben.
8. **Bewertungsgrundlagen evaluieren:** Im April wurde durch den Weltklimarat bekanntgegeben, dass das in den Klimaberichten AR 5 (2013/2014) und AR 6 (2021/2022) aufgenommenen Worst-Case-Szenarien (RCP8.5 bzw. SSP5-8.5) unplausibel ist. Eine kritische Evaluation, bei der dieses Szenario zur Grundlage von gesetzgeberischen Handlungen gemacht wurde, ist bis jetzt unterblieben. Betroffene Entscheidungen sind im Lichte neuester Erkenntnisse zu überprüfen und neu zu bewerten.
9. **Ende des Klimanationalismus:** Das Klima kennt keine Nationalstaaten. Je geografisch kleinteiliger Klimaschutzmaßnahmen getroffen werden, desto sinnloser sind diese Maßnahmen. Die deutschen Sonderwege müssen daher beendet werden. Eine deutsche Klimaneutralität 2045 vor einer europäischen ist sinnlos und kann es daher nicht geben.
10. **Reduzierung der Stromsteuer auf EU-Mindestmaß:** Deutschland übererfüllt, wie so oft, die Vorgaben für die Stromsteuer. Das kommt unsere Bevölkerung teuer zu stehen. Wir fordern deshalb eine Reduzierung der Stromsteuer auf das EU-Mindestmaß. Dadurch könnten Familienhaushalte um beinahe 100 Euro pro Jahr entlastet werden.
11. **Kein Rückbau von Energieinfrastruktur:** Der Rückbau funktionsfähiger Energieinfrastruktur muss verhindert werden. Dazu zählen sowohl Gasnetze als auch Kernkraftwerke. Wir können heute nicht vorhersagen, ob eine andere Energiequelle in Zukunft besser oder wirtschaftlicher sein wird, und sollten uns deshalb nicht anmaßen, solche Entscheidungen vorwegzunehmen. Der Abbau bestehender Infrastruktur könnte sich später als verheerend und sehr teuer erweisen.